



Ausgabe 17

20. Dezember 2011

## Inhalt >>>

- > Vertrauen der Märkte und der Menschen zurückgewinnen! **1**  
*Kerstin Westphal, Ismail Ertug, Wolfgang Kreissl-Dörfler*
- > EU-Fördermittel: Wir brauchen mehr Spielraum! **2**  
*Kerstin Westphal*
- > So klein wie eine Kaffeetasse und rettet 500 Menschenleben **2**  
*Kerstin Westphal*
- > Europäische Nachbarschaftspolitik braucht überprüfbare Regeln **2**  
*Wolfgang Kreissl-Dörfler*
- > Europas Mobilität der Zukunft ist Effizient, Sicher und Sauber **3**  
*Ismail Ertug, Ich wollt' ich wär' (k)ein Huhn... Ismail Ertug, AFGHANISTAN nach 2014 nicht allein lassen! Wolfgang Kreissl-Ostbayerns Anbindung an das europäische Schienenverkehrsnetz Ismail Ertug*
- > Zur Info: Grünbuch/Weißbuch **4**
- >>> Service **4**
- > Besuchergruppen **5**
- > Kontakt **5**

## O-Ton

"Ich habe meine Karikaturen modernen Idealen gewidmet: Freiheit, Demokratie, Liebe, und Frieden."

**Ali Farzat, politischer Karikaturist und Aktivist des Arabischen Frühlings aus Syrien, Träger des Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2011**



## Vertrauen der Märkte und der Menschen zurückgewinnen!

### Gipfelergebnisse sind enttäuschend

Europa befindet sich in einer institutionellen Krise und am Vorabend einer Rezession. Letzte Woche haben die Staats- und Regierungschefs wieder eine Chance verstreichen lassen, für die Menschen und die Märkte in Europa Klarheit zu schaffen. Zum wiederholten Male standen die Staats- und Regierungschefs im Krisenmanagement auf der Bremse.

### Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch

Wir Sozialdemokraten fordern schon seit langem, weitgehende Reformen einzuleiten, und schlagen eine Umorientierung in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Steuerung und Regulierung des Finanzsektors vor. Doch der Gipfel lehnte erneut die Einführung von Eurobonds, eine Banklizenz für den Euro-Rettungsschirm und eine stabilisierende Rolle der Europäischen Zentralbank ab. Stattdessen beharrten vor allem Deutschland und Frankreich darauf, das bereits im Rahmen des Stabilitätspakts ("Six-Pack") beschlossene Sparregime auch vertraglich zu verankern. Dabei übersehen "Merkozy", was wir immer wieder betonen: Maßnahmen zur Haushaltsdisziplin reichen bei weitem nicht aus, um Krisenländern wieder auf die Beine zu helfen und die Schuldenkrise endlich einzudämmen. Die deutsch-französischen Vorschläge wurden als Neuerfindung verkauft, dabei wird das Six-Pack schon angewendet, ohne dass dies die Spekulationen verhindert hätte. Was wir brauchen, ist ein Marshallplan als Wachstumsinitiative für angeschlagene Euro-Länder und die stärkere Regulierung des Finanzsektors. Unsere Vorstellungen dazu findet Ihr übrigens [hier](#).

### 26:1 – Großbritannien entfernt sich von der EU

Der Beschluss des Europäischen Rates, neue Regeln in der Eurozone lediglich in einem zwischenstaatlichen Vertrag zu vereinbaren, ist bedauerlich. Besser wäre eine Änderung im Rahmen der

EU-27 oder zumindest innerhalb des europäischen Primärrechts gewesen. Immerhin ist es gelungen, fast alle Länder mit an Bord zu bekommen. Es ist schade, dass sich die konservative britische Regierung zusehends von der EU entfernt. Dies ist allerdings eine Entwicklung, die wir schon lange beobachten. Premierminister Cameron muss jetzt sagen, was er will und ob er noch an Europa glaubt oder nicht. Die EU darf sich jedenfalls nicht von der britischen Regierung erpressen lassen.

### Demokratische Legitimation entscheidend

Von großer Bedeutung wird aus unserer Sicht sein, wie die europäischen Institutionen (vor allem das Europäische Parlament) und die nationalen Parlamente in die Verhandlungen über den neuen zwischenstaatlichen Vertrag einbezogen werden. Nur ein gemeinschaftliches, demokratisches Vorgehen ist hier akzeptabel. Deals zwischen Staats- und Regierungschefs im Hinterzimmer können kein Mittel von europäischer Politik sein. Wenn Frau Merkel davon spricht, dass "Beobachter" des Europaparlaments eingeladen werden sollten, reicht das nicht aus. Vielmehr muss das Europäische Parlament als Co-Gesetzgeber die europäische Wirtschafts- und Haushaltspolitik mitgestalten. Wir SPD-Europaabgeordneten werden uns für ein parlamentarisches Mitspracherecht einsetzen. Denn die Frage, wie wir gemeinsam aus der Krise wachsen, hängt maßgeblich von der Zustimmung der europäischen Bevölkerung aus.



## EU-Fördermittel: Wir brauchen mehr Spielraum!



...eine Chance durch Europa!

Mitte Oktober hat die Kommission Vorschläge für die Zukunft der Strukturförderung vorgelegt. Aktuell bekommt Bayern aus den Fonds knapp 900 Millionen Euro, davon rund zwei Drittel aus dem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Unsere Fraktion hat mich zur Verhandlungsführerin für die EFRE-Verordnung ernannt.

Die Vorschläge sehen eine Konzentration der Gelder auf bestimmte Ziele und Prioritäten vor, im Rahmen der EU2020-Strategie (also: Wachstum, Beschäftigung, Innovation, Klimawandel). Förderungsschwerpunkte sollen der Wandel zu kohlenstoffarmer Wirtschaft (also Energieeffizienz und Erneuerbare Energien), Innovation, und Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen werden. Für diese drei Bereiche sollen in Regionen wie Bayern 80% der EFRE-Gelder verwendet werden.

### Zu wenig Flexibilität für Regionen

Grundsätzlich finden wir Sozialdemokraten die Konzentration auf bestimmte Ziele richtig. Für uns zählen dazu neben dem Klimawandel auch die Bereiche Arbeit, Demografie, Bildung und städtische Entwicklung. Wir sind aber sehr skeptisch, was die konkrete Festlegung – inklusive Prozentvorgaben – angeht. Aus meiner Sicht müssen die Regionen flexibel genug bleiben, ihre eigenen Probleme anzugehen! Mit den jetzigen Vorschlägen werden die Gestaltungsspielräume der Regionen doch sehr eingegrenzt. Wir wollen, dass eine Region wie Franken, die beispielsweise vom demografischen Wandel besonders betroffen ist, auf diese Probleme mit EFRE-Mitteln reagieren kann. Dafür können die verbleibenden 20% der Mittel zu wenig sein.

### Infrastruktur fördern

Was wir als bayerische Europaabgeordnete ganz kritisch sehen: Reichere Regionen (wie Bayern) sollen Investitionen in Infrastruktur-Einrichtungen in den Bereichen Umwelt, Kommunikation oder Verkehr nicht mehr fördern dürfen. Das kann nicht sein – davon wäre zum Beispiel auch der Breitband-Ausbau betroffen. Für uns ist außerdem wichtig, dass die Kommunen frühzeitig und umfassend in alle Diskussionen einbezogen werden. Denn sie wissen am Besten, wo der Schuh drückt!

KW

## So klein wie eine Kaffeetasse und rettet 500 Menschenleben



Quelle: wikipedia.org

Winterlicher Stadtverkehr am Nachmittag bei einsetzender Dunkelheit. Ein PKW-Fahrer biegt unvermittelt rechts ab. Geschwindigkeit 50 km/h. Ein Motorradfahrer der rechts daneben weiter geradeaus fahren will, wird nicht mehr gesehen. Trotz unvermittelter Bremsung kollidiert er mit der Beifahrerseite des PKW. Dem Motorradfahrer fehlten rund 1,4 m Bremsweg, die ihn vor der Kollision gerettet hätten. 1,4 m bei 50 km/h, die ein Anti-Blockiersystem (ABS) noch gegeben hätte.

Daher war es der S&D-Fraktion bei den Beratungen im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, im Rahmen einer Verordnung, die neue Regeln für die Genehmigung und Marktüberwachung von 2-, 3-, und 4rädigen Fahrzeugen schafft, besonders wichtig, dass der Einbau von ABS bei motorisierten Zweirädern über 50 cm<sup>3</sup> für die Hersteller verpflichtend wird. Eigentliches Ziel der Verordnung ist, einen Fahrzeugbereich, der lange von umfassenden Regelungen verschont geblieben ist, mit einer

langfristigen Perspektive neu zu regeln und den Umweltauflagen für PKW (aus 2008) anzunähern. Motorräder sind dabei schwerpunktmäßig betroffen. Durch die Verordnung können Fahrzeughersteller die Typengenehmigung für ein Fahrzeugsystem, Komponenten oder technische Einheiten in einem Mitgliedstaat einholen, die dann europaweit ohne weitere Tests oder Genehmigungen Gültigkeit besitzt.

In den vergangenen Jahren hat es zwar europaweit weniger Tote im Straßenverkehr gegeben. Ungeachtet dessen ist die Zahl bei Motorradunfällen gleich geblieben bzw. im letzten Jahr sogar leicht angestiegen. Untersuchungen zeigen, dass allein der Einbau von verbesserten Bremssystemen, konkret Anti-Blockiersystemen, eine Reduktion der Verkehrstoten um rund 20% bedeuten kann. Der verpflichtende Einbau von ABS soll daher für alle neuen Fahrzeugtypen ab 2016 und alle Neufahrzeuge ab 2017 gelten. KW



Quelle: bosch

**Die Redaktion des Newsletters der SPD-Europaabgeordneten wünscht euch frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2012**

## Europäische Nachbarschaftspolitik braucht überprüfbare Regeln

Das Europäische Parlament hat in Straßburg mit großer Mehrheit den Bericht über die Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) angenommen. Wir begrüßen das, denn unsere Zukunft hängt stark davon ab, was in unseren Nachbarländern südlich und östlich unserer Grenzen geschieht. Deshalb liegt es in unserem gemeinsamen Interesse, den Menschen dort Hoffnung für die Zukunft zu vermitteln und sie im Kampf für Demokratie, Freiheit und Wohlstand zu unterstützen. Hierbei wird die neue Europäische Nachbarschaftspolitik ein sehr wichtiges und notwendiges Instrument sein.

Die Kommission hatte im Mai erklärt, auf die veränderte Situation, insbesondere in

den südlichen Anrainerstaaten der EU, reagieren zu wollen. Wir unterstützen dieses Vorhaben mit dem angenommenen Bericht, bestehen aber auf klaren und überprüfbaren Regeln. Je mehr ein Land bei den Reformen vorankommt, Menschenrechte und Demokratie stärkt, desto intensiver soll es nun von der EU unterstützt werden. Wichtig sind uns insbesondere neue Partnerschaften zwischen Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen, Journalisten, Studenten und Universitäten. Investitionen und Hilfen für Diktaturen darf es und wird es hingegen nicht mehr geben. Diktatoren wie Assad in Syrien müssen wissen, dass es für sie in Zukunft keinerlei Unterstützung mehr von der Europäischen Union geben wird.

WKD



## Europas Mobilität der Zukunft ist effizient, sicher und sauber

**Parlament beschließt Fahrplan für Europas Verkehr bis 2050**

Im Europa von heute ist der Verkehr der einzige Wirtschaftszweig mit stetig steigenden CO<sub>2</sub>-Emissionen. Und trotz zahlreicher Maßnahmen sind noch immer jährlich mehrere zehntausend Verkehrstote zu beklagen. Das Europäische Parlament will das in den kommenden 40 Jahren ändern. In ihrer Stellungnahme zum Weißbuch der EU-Kommission über einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum äußerten die Europaabgeordneten hierzu klare Vorstellungen. So genügte es den Europaabgeordneten nicht, dass die Kommission allein langfristige Ziele bis 2030 oder gar 2050 steckte. Man muss zwar klare Zukunftsvisionen haben, diese müssen aber durch wohlüberlegte Zwischenschritte eingeleitet werden. Besonders die Emission von Klimagasen im Verkehr muss schrittweise reduziert werden und kann nicht in 20 oder gar 50 Jahren von einem Tag auf den nächsten geschehen.

Besonders erfreulich ist, dass bei dem Bericht des Europäischen Parlaments neben dem Klimawandel auch andere Aspekte des Naturschutzes berücksichtigt wurden. Besonders im Hinblick auf die natürlichen Binnenschiffahrtstraßen (wie z. B. die Donau) ist dieser Aspekt von entscheidender Bedeutung. Zwar ist der Gütertransport auf dem Fluss schadstoffärmer als der auf der Straße, umfangreiche Veränderungen an Flussläufen könnten jedoch auch verheerende Auswirkungen auf das Ökosystem haben.

Was die Verkehrssicherheit anbelangt, so fordert der Bericht die Kommission auf, konkrete Gesetzesinitiativen auf den

Weg zu bringen, die Anzahl der Verkehrstoten bis 2020 um die Hälfte zu verringern. Besonderes Augenmerk wurde hierbei auf den Schutz schwacher Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Senioren und Behinderte gerichtet.

Ein Wermutstropfen ist – sowohl im Hinblick auf Sicherheit als auch auf Umweltschutz – der Abschnitt zu den Gagalinen (bzw. Lang-LKWs). Gemäß dem Bericht des Parlaments soll deren Einsatz im Straßenverkehr den Mitgliedstaaten unterliegen. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich entschieden gegen diese Position gestellt und ist weiterhin der Meinung, dass diese Fahrzeuge die Infrastruktur zu sehr belasten, ein großes Sicherheitsrisiko darstellen und die Entwicklung des Gütertransports auf der Schiene weiter abbremsen.

Ein wichtiger Teil des Berichtes befasste sich mit der europäischen Verkehrsplanung für die kommenden Jahrzehnte. Ein erster – sehr großer – Schritt in diese Richtung ist der kürzlich veröffentlichte Kommissionsvorschlag für die transeuropäischen Netze im Bereich Verkehr (kurz: TEN-V). Über die kommenden Jahre werden sich Parlament und Rat auf der Basis dieses Vorschlags über den Ausbau und die Verbesserung gesamteuropäischer Verkehrsprojekte einigen. In Anlehnung an das Weißbuch gibt der Vorschlag den umweltfreundlichen Verkehrsträgern (und vor allem der Schiene) Vorrang und sieht eine verbesserte grenzübergreifende Vernetzung von Lapland bis nach Sizilien und von Dublin bis Athen vor. **IE**

## Ich wollt' ich wär' (k)ein Huhn...



Quelle: Maerl, wikipedia.org

Eigentlich sollten zum 01. Januar 2012 alle Eier der Kategorie 3 (aus Käfighaltung) aus den Supermarktregalen verschwinden. Obwohl die entsprechende Richtlinie bereits 1999 verabschiedet wurde und die Mitgliedstaaten somit zwölf Jahre Zeit zur Umsetzung hatten, gibt es noch 103 Millionen Legehennen (29%) in Käfighaltung.

Die Lösung des Problems ist alles andere als einfach! Wenn sich die säumigen Mitgliedstaaten zur Umsetzung entscheiden, werden ab Januar in der EU täglich 83 Millionen Eier zu wenig produziert. Durch die strikten EU-Vorgaben bezüglich Salmonellen dürfen Eier nur aus der Schweiz, Norwegen und Kroatien importiert werden. Das Ergebnis wären nicht nur höhere Preise für den Verbraucher, sondern auch importierte Eier, die unter schlechteren Bedingungen für die Tiere produziert wurden. Wenn jedoch aber die Umsetzung nicht erfolgt, ist die Käfigproduktion ab dem 1. Januar illegal und die Besitzer von Käfighennen erlangen einen unfairen Marktvorteil. Außerdem werden die Legehennen ab dem 1. Januar nicht plötzlich aufhören Eier zulegen, und deshalb stellt sich auch die Frage, was man mit den "illegal" produzierten Eiern anfängt. Der zuständige Kommissar, Dalli, arbeitet fieberhaft an einer Lösung für diese schwierige Situation und kündigte Vertragsverletzungsverfahren gegen die säumigen Mitgliedstaaten an. Dennoch will er aber eine Übergangslösung finden wie z. B. Eier aus Käfighaltung zu kennzeichnen. Viel Zeit bleibt ihm leider nicht mehr. Wir SPD-Abgeordneten im Europaparlament sind gegen jede Art der Aufweichung des EU-Rechts und gegen die Zulassung von illegal produzierten Eiern in der EU. Um aber eine Verschwendung von Lebensmitteln zu vermeiden, unterstützen wir Lösungswege wie z. B. illegal produzierte Eier zu Eipulver zu verarbeiten und für die Katastrophenhilfe zu verwenden. **IE**

## AFGHANISTAN nach 2014 nicht allein lassen!

### **Afghanistan-Konferenz in Bonn im Zeichen erweiterter Partnerschaft**

Zehn Jahre nach der ersten Afghanistan-Konferenz in Bonn leitete nun symbolträchtig Afghanistan selbst die Folgekonferenz in Bonn am 5. Dezember. Dabei ging es den Teilnehmern aus über 85 Ländern und 15 internationalen Organisationen vor allem um eines: Wie kann Afghanistan selbstständig den Weg in eine stabile, demokratische Zukunft in Wohlstand beschreiten? Wie kann es die Sicherheit seiner Menschen nach 2014 garantieren, wenn die internationalen Truppen und Sicherheitskräfte das Land verlassen haben werden? Immer wieder betonte die politische Führung Afghanistans, wie wichtig ein Abzug für den Weg in die Eigenständigkeit sei. Dabei war allen von Anfang an klar – dies ist nicht machbar ohne weitere Hilfe der internationalen Staatengemeinschaft. So einigten sich alle Teilnehmer im Dezember auf einen Pakt zur Vertiefung und Erwei-

terung ihrer historischen Partnerschaft. Afghanistan wird also auch in seiner "Umbauphase" 2015-2024 weiterhin international unterstützt.

### **Europäische Union verpflichtet sich zu weiterem Engagement nach 2014**

Auch die EU, einer der größten Geber Afghanistans in Sachen Entwicklung und humanitäre Hilfe, hat sich zu weiterem Engagement nach 2014 verpflichtet. Keine Frage – was in Afghanistan bisher erreicht wurde, ist bei weitem nicht mit internationalen Standards vergleichbar. Das Land ist nach wie vor eines der ärmsten Länder der Welt. Bürgerkriege und die Herrschaft der Taliban, dann der internationale militärische Eingriff haben das Land weit zurück geworfen. Dies kann nicht innerhalb kürzester Zeit überwunden werden, wenn zudem kulturelle Bedingungen vor Ort respektiert werden müssen. Hier ist Ausdauer gefragt und langfristiges (Fortsetzung S. 4)



(Fortsetzung von S.3) Engagement notwendig.

**Dank europäischer Unterstützung wurde auch vieles erreicht**

Immerhin haben heute etwa 65% der Afghanen Zugang zur medizinischen Grundversorgung (2002 waren es nur 9%). Die Trinkwasser- und Energieversorgung konnten erheblich verbessert werden. Die Landwirtschaft ist produktiver und bietet mehr Menschen Nahrungssicherheit. Mehr Kinder, insbesondere Mädchen haben Zugang zum Bildungssystem. Reformen im Polizeisektor, in der öffentlichen Verwaltung, in der Justiz gehen voran. Catherine Ashton hat auf der Afghanistan-Konferenz einmal mehr betont, dass zumindest das, was die EU bisher geleistet hat, auch nach 2014 garantiert werden kann.

# Ostbayerns Anbindung an das europäische Schienenverkehrsnetz



(v. l.) Dr. Jürgen Helmes (Hauptgeschäftsführer der IHK Oberpfalz), Dr. Rüdiger Grube Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, MdEP Ismail Ertug

Um die Probleme der ostbayerischen Infrastruktur zu diskutieren, hat Ismail Ertug am 31. Oktober zu einer Verkehrskonferenz mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, Dr. Rüdiger Grube, eingeladen. Komplettiert wurde das hochkarätige Podium von Dr. Matthias Ruete (Generaldirektion MOVE der Kommission), Klaus-Dieter Josel (Bevollmächtigter der DB für Bayern) sowie Dr. Jürgen Helmes (Hauptgeschäftsführer der IHK Oberpfalz). Der Einladung sind über 120 Gäste gefolgt, darunter Abgeordnete, BürgermeisterInnen, KommunalpolitikerInnen, GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen.

**Vernachlässigter Schienenverkehr**

In seinem Einstiegsreferat betonte Ismail Ertug, dass der Ausbau der Schienennetze europaweit hinterherhinkt, obwohl die Bahn als umweltfreundliches Verkehrsmittel für Personen und Güter gilt. Als Beispiele für die Folgen dieser Vernachlässigung zählte er die fehlende Anbindung an den Flughafen München, den überfälligen Ausbau der Verbindungen in die Tschechische Republik und die fehlende Elektrifizierung der Strecke Hof – Regensburg auf. Insgesamt müsse wieder mehr Verkehr von der Straße wegverlegt werden, wozu ein gut ausgebautes Schienennetz beitragen kann.

**Bahn lobt regionale Wirtschaftskraft**

Rüdiger Grube lobte in seinem launigen Referat die Wirtschaftskraft der Region und das Engagement von Ismail Ertug. Und ganz nebenbei erteilte Grube in seinem Referat auch dem Börsengang der Bahn eine Absage. Zwar sagte Grube seine volle Unterstützung für die Infrastrukturprojekte in Ostbayern zu, verwies aber auf die Verantwortung der Politik bei der Planung und Umsetzung. Besonders Bundesverkehrsminister

Ramsauer sei in der Pflicht, den Schienenverkehr besser zu finanzieren. Bei der Anbindung Ostbayerns an den Flughafen München – die auch in der Diskussion immer wieder angesprochen wurde – verwies Grube auf die Verantwortung der Staatsregierung, sich endlich für eine Variante der Anbindung zu entscheiden.

**Elektrifizierung Strecke Hof – Regensburg muss kommen**

Grube betonte, er stehe voll und ganz hinter Ertugs Forderung nach einer Elektrifizierung der Bahnstrecke Hof – Regensburg. Diese Strecke würde den Knotenpunkt Nürnberg spürbar entlasten und damit auch der Wirtschaft in der Region nutzen. Diese Strecke könnte auch Teil des TEN-Kernnetzes werden. Ismail Ertug hat dies bei der Europäischen Kommission bereits angeregt.

**Ostbayern kann Qualität des Eisenbahnraums Europa erhöhen**

Am Ende der gelungenen Veranstaltung bleibt festzuhalten, dass die Verbesserung der Infrastruktur in Ostbayern nicht nur das Anliegen der Region selbst ist, sondern auch die Unterstützung der Deutschen Bahn genießt und der allgemeinen Verbesserung der Qualität des europäischen Eisenbahnraumes dient.

IE



Quelle: consilium.eu



Nun hängt die Zukunft der Menschen davon ab, ob die Staaten und auch Afghanistan ihren Verpflichtungen nachkommen. Es hängt auch davon ab, ob Alternativen zur verheerenden Opiumproduktion langfristig erfolgversprechend sind und ob Nachbarländer wie Pakistan weiterhin konsequent den Terrorismus bekämpfen. Die Weltgemeinschaft, allen voran die EU, darf Afghanistan jetzt und nach 2014 nicht allein seinem Schicksal überlassen! Deshalb begrüßen wir den in Bonn erzielten Pakt zur weiteren Unterstützung des Landes von 2015 bis 2024 und erwarten nun konkrete Ausführungen, wie diese Selbstverpflichtungen umgesetzt werden. **WKD**

**Zur Info >>>**

**Grünbuch und Weißbuch**

Die von der Kommission veröffentlichten **Grünbücher** enthalten Denkanstöße zu spezifischen Themen und dienen als Grundlage für eine öffentliche oder wissenschaftliche Diskussion. Dabei richten sich die Grünbücher an externe Interessengruppen, die zur Teilnahme an einem Konsultationsprozess aufgefordert werden. Grünbücher sollen Lösungsansätze aufzeigen und diskutieren.

**Weißbücher** knüpfen meist an die Vorschläge aus Grünbüchern an. Sie werden ebenfalls von der Kommission verfasst, fassen die abstrakten Vorschläge zusammen und zielen auf konkrete Gesetzesvorhaben ab.



**Unsere Besucher in Straßburg und Brüssel >>>**



**Realschule Geretsried zu Besuch in Straßburg**

Auf Einladung von **Wolfgang Kreissl-Dörfler** unternahmen Schülerinnen und Schüler der Realschule Geretsried in Oberbayern vom 12. – 14.12.2011 eine Studienfahrt zum Thema "Europäische Politik und Kultur". Nach einer Stadtführung durch Straßburg war die Gruppe zu Besuch beim Europäischen Bürgerbeauftragten und beim Europarat. Höhepunkt der Reise war der Besuch des Europäischen Parlaments, bei dem die Teilnehmer auch **Wolfgang Kreissl-Dörfler** trafen. Der Abgeordnete erzählte aus seinem Arbeitsalltag als Europaabgeordneter und beantwortete u. a. Fragen zu den Themen Schuldenkrise, Solidarität zwischen EU-Mitgliedstaaten und Pendeln des Europäischen Parlaments zwischen Brüssel und Straßburg. Anschließend wohnten die Teilnehmer der Plenarsitzung bei und konnten dort eine wirtschaftspolitische Debatte sowie Abstimmungen live verfolgen.



**Die Oberpfälzer Besuchergruppe von Ismail Ertug**

**Ismail Ertug** lud interessierte Bürger im Oktober zu einer 3-tägigen Parlamentsfahrt nach Brüssel ein. Beim Besuch des Europäischen Parlaments wurde diesen die Europäische Union sowie die Problematiken und Abläufe des politischen Alltags ausführlich erklärt. Außerdem standen für die Europareisenden ein Besuch der Ständigen Vertretung Bayerns, eine Stadtführung und ein Besuch des Magritte-Museums auf dem Programm. Bei einem festlichen gemeinsamen Abendessen auf Einladung von **Ismail Ertug** konnten die Besucher **Ismail Ertug** in persönlichen Gesprächen ihre Fragen stellen und Themen gemeinsam diskutieren.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP\* (WKD) Kerstin Westphal, MdEP\* (KW)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 110  
[wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 534  
[kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartner:  
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

**Ismail Ertug, MdEP\*(IE)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 547  
[ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,  
 und Fatih Aydogan

Europabüro:  
 Oberanger 38/IV  
 80331 München  
 T.: 089 21 02 43 61  
 F.: 089 21 02 43 61  
[europa@kreissl-doerfler.de](mailto:europa@kreissl-doerfler.de)

Europabüro:  
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R  
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg  
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28  
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29  
[eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de) [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)

Europabüro:  
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9  
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf  
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64  
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63  
[europabue-ro@ertug.eu](mailto:europabue-ro@ertug.eu) [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)

[www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)  
 Ansprechpartnerin:  
 Britta Besan

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

[www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)  
 AnsprechpartnerInnen:  
 Johannes Hintermaier, Katja Reitmaier,

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-17.00 Uhr, Fr: 9.00-12.00 Uhr

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr  
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

Bürozeiten:  
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr